

NACHRICHTEN

WEIHNACHTSGESCHÄFT

Handel erwartet 86,7 Milliarden Euro Umsatz

Der Handelsverband rechnet damit, dass die deutschen Einzelhändler im diesjährigen Weihnachtsgeschäft einen Umsatz von 86,7 Milliarden Euro machen. 11 Milliarden Euro davon entfallen auf Internet-Bestellungen, wie der Handelsverband Deutschland (HDE) in Berlin mitteilte. Gegenüber dem Vorjahr setzen die deutschen Händler 2015 damit insgesamt 2 Prozent mehr um. In der vierten Adventwoche zog das Weihnachtsgeschäft dem Verband zufolge spürbar an. (AFP)

ARBEITSZEIT

Arbeitgeber dringen auf mehr Flexibilität

Die Arbeitgeber wollen mehr Flexibilität bei der Arbeitszeit. „Der starre Acht-Stunden-Tag passt (...) nicht mehr ins digitale Zeitalter, wir wollen mehr Beweglichkeit“, sagte der Präsident des Arbeitgeberverbands BDA, Ingo Kramer. „Es kann sein, dass jemand an einem Tag zwölf Stunden arbeitet und am nächsten nur vier Stunden.“ Er stellte gleichzeitig klar: „Wir wollen die Wochenarbeitszeit nicht ausweiten.“ Daimlers Personalvorstand Wilfried Porth hält eine Lockerung der Arbeitszeitgesetze ebenfalls für notwendig. (dpa)

Wenig Fortschritt im Welthandel

- Konferenz in Nairobi weitgehend uneinig
- Exportsubventionen für Agrarprodukte abgeschafft

Nairobi (dpa) Die mehr als 160 Mitgliedstaaten der Welthandelsorganisation (WTO) haben sich auf den Abbau von Exportsubventionen für Agrarprodukte verständigt. Die Vereinbarung ist Teil eines „Nairobi-Pakets“ mit mehreren Maßnahmen im Agrarbereich, auf das sich die WTO-Handelsminister nach zähen Verhandlungen in der kenianischen Hauptstadt einigten.

Eine gemeinsame Haltung zur Zukunft der Doha-Entwicklungsrunde fanden sie jedoch bei der Welthandelskonferenz in Afrika nicht. Stattdessen wird in der per Konsensverfahren angenommenen Schlusserklärung auf gegensätzliche Positionen zwischen Industriestaaten und Entwicklungsländern in dieser Frage verwiesen.

Indien und Venezuela gaben ihre Kritik daran zu Protokoll. Es sei enttäuschend, dass es der WTO nicht gelungen sei, sich auf ein klares Bekenntnis zur Fortsetzung der Doha-Agenda zu verständigen, erklärte Indiens Handelsministerin Nirjala Sitharaman. Die 2001 im Emirar Kar von den WTO-Mitgliedern vereinbarte Doha-Agenda hat die Liberalisierung des Welthandels bei zugleich besonderer Förderung der Entwicklungsländer zum Ziel.

Die USA und die EU wollen nach 14-jährigen, weitgehend erfolglosen Doha-Gesprächen eine Neuausrichtung der WTO mit Verhandlungen über neue Themen der Globalisierung. Viele Entwicklungsländer sowie Schwellenländer fordern hingegen die Fortsetzung der Doha-Runde.



Der Generaldirektor der Welthandelsorganisation, Roberto Azevêdo und die Konferenzvorsitzende, die kenianische Außenministerin Amina Mohamed (Mitte) präsentieren die Abschlusserklärung der Handelskonferenz in Nairobi. BILD: IMAGO/XINHUA

Ungeachtet dieser Gegensätze sprach WTO-Generaldirektor Roberto Azevêdo von einem Erfolg. Es seien mehrere Vereinbarungen erreicht worden, von denen insbesondere die ärmsten Länder profitierten. Die WTO habe bewiesen, dass sie trotz aller Kritik handlungsfähig sei.

Die EU lobte die ebenfalls im Konsens angenommene WTO-Vereinbarung zum Abbau von Exportsubventionen für Agrarprodukte als „Meilenstein“. Direkte staatliche Beihilfen für den Agrarexport sollen demnach völlig verschwinden. Entwicklungsländer bekommen dafür Zeit bis 2023, und die mehr als 50 am wenigsten entwickelten Länder der Welt (LDC) müssen dies erst bis Ende 2030 umsetzen. Bundeslandwirtschaftsminister Christian Schmidt sprach von „historischen Entscheidungen“.

Deutschland habe sich stets für eine Abschaffung aller Arten von Exportsubventionen eingesetzt. Vor allem arme Länder profitieren nach Aussage von EU-Handelskommissarin Cecilia Malmström. Die EU verzichtet schon seit einiger Zeit auf die Subventionierung von Agrarexporten. Nach Umsetzung der Vereinbarung würden Landwirte in der EU „zum ersten Mal bei Exporten gleiche Wettbewerbsbedin-

gungen für alle erleben“. Dies sei eine „Schlüsselforderung“ der EU gewesen, sagte Malmström. Weitgehend unangetastet blieben dabei die hohen staatlichen Kredite in den USA, die Farmer für Exportgeschäfte aufnehmen können. Der deutsche Delegationsleiter lobte das Konferenzergebnis. „Dies ist ein guter Tag für das multilaterale Handelssystem“, sagte Matthias Machnig, Staatssekretär des Bundeswirtschaftsministeriums. „Wir hätten uns mehr gewünscht, aber es ist auch mehr, als wir zuvor erwartet hatten.“

Auch die deutsche Wirtschaft äußerte sich lobend. Die Vereinbarungen brächten Fortschritte im Exportwettbewerb bei Agrargütern und eröffneten „gerade den am wenigsten entwickelten Ländern neue Möglichkeiten, sich stärker in den Welthandel zu integrieren“, heißt es in einer Mitteilung des Deutschen Industrie- und Handelskammertages (DIHK) in Berlin. „Multilaterale Abkommen sind und bleiben der Königsweg zur Schaffung eines fairen und transparenten Welthandelssystems“, betonte DIHK-Außenwirtschaftschef Volker Treier. „Das Nairobi-Paket muss daher der Startschuss sein für eine Wiederbelebung der WTO als zentrales Forum für Handelsregeln und nicht das Resultat, mit dem man seine Schuldigkeit für die nächsten Jahre getan hat.“ Entwicklungsorganisationen äußerten sich dagegen weitgehend kritisch: In Nairobi sei der Ausstieg aus der Doha-Runde eingeleitet worden, erklärte die Organisation Brot für die Welt. Oxfam warf den USA und der EU vor, Aufgaben der Entwicklungshilfe im Handelsbereich zu blockieren.

DIE AKTUELLE ÖKONOMISCHE FRAGE

Wer soll die höheren Versicherungsbeiträge zahlen?

Die Krankenkassen erhöhen zum Jahreswechsel die Beiträge. Das sollte den Wettbewerbsdruck in der Branche steigern.

VON FRIEDRICH BREYER

Inmitten der Flüchtlingskrise schaffen es die gesetzlichen Krankenkassen in die Schlagzeilen: „Kassenbeiträge werden deutlich teurer“ titelt diese Zeitung am Samstag vor dem 4. Advent. Die Erhöhung des sogenannten Zusatzbeitrags beträgt zwar nur wenige Zehntel eines Prozentpunkts, aber Politiker wie Journalisten machen gerne auf vermeintliche Ungerechtigkeiten aufmerksam. Stein des Anstoßes ist hier die seit 2009 geltende gesetzliche

Regelung, dass der Zusatzbeitrag vom Arbeitnehmer allein zu zahlen ist, während der Grundbeitrag von 14,6 Prozent hälftig zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer geteilt wird. So überrascht es kaum, dass die Ministerpräsidentin von Rheinland-Pfalz Malu Dreyer eine Initiative ihres Bundeslands im Bundesrat mit dem Ziel ankündigte, dass auch die Zusatzbeiträge wieder hälftig geteilt werden. Das derzeitige System belaste einseitig die Leistungsträger der Gesellschaft, wird sie von einer bekannten Boulevardzeitung zitiert. Kein Wunder, am 13. März 2016 wird in Rheinland-Pfalz gewählt, und Frau Dreyers SPD liegt in Umfragen klar hinter der CDU zurück. Da kommt die Beitragserhöhung wie gerufen, um dem Wähler zu zeigen, wer sich wirklich um seine Belange kümmert.

Ähnlich sieht es die Kommentatorin dieser Zeitung am 19. Dezember: „Nun werden 30 Euro im Monat keinem Gesunden weh tun, der gut verdient. Anders ist es bei Ärmern, bei chronisch Kranken und Alten.“ Dem Leser wird nicht ganz klar, wie die 30 Euro im Monat berechnet hat; die Erhöhung um 0,2 Prozentpunkte kann es jedenfalls nicht sein. Vielleicht meint sie den gesamten Zusatzbeitrag von ca. 1 Prozent des Einkommens. Dann legt sie offenbar ein Einkommen von 3000 Euro im Monat zugrunde. Es ist jedoch das Wesen des Zusatzbeitrags, der seit 2015 als Prozentsatz vom Einkommen erhoben wird, dass er bei Ärmern geringer ist: Wer etwa nur 1500 Euro verdient, zahlt 15 Euro und nicht 30. Außerdem ist es so, dass sich die Versicherten gegen eine übermäßige Erhö-

hung des Zusatzbeitrags durch Kassenwechsel wehren können, z.B. von der DAK, die 16,1 Prozent verlangt, zur Techniker Krankenkasse oder einer AOK, die etwa einen halben Prozentpunkt preiswerter sind.

Und das ist auch genau der Grund, warum der Zusatzbeitrag vom Arbeitnehmer allein getragen werden muss, denn er (oder sie) entscheidet allein über die Wahl der Krankenkasse. Daher muss er den Differenzbetrag zwischen dem Beitrag einer „teuren“ und einer „billigen“ Kasse in voller Höhe tragen, um einen Anreiz zu haben, zur preiswerteren Kasse zu wechseln. So funktioniert der Wettbewerb zwischen den Kassen und nur durch ihn ist es möglich, dass mehr Druck bei den Preisverhandlungen auf Ärzte, Krankenhäuser und Pharmakonzerne ausgeübt wird.

Damit soll nicht gesagt werden, dass der „gesetzlich fixierte“ Arbeitgeberbeitrag von 7,3 Prozent für alle Zeiten unangetastet bleiben muss. Natürlich kann der Bundestag ihn erhöhen. Nur darf man sich nicht einbilden, dass dies den Arbeitnehmern auf Dauer nützen würde, denn es zählen für die Arbeitgeber die gesamten Arbeitskosten, und wenn ihre Sozialabgaben steigen, werden sie bei den nächsten Tarifverhandlungen beim Bruttolohn weniger Zugeständnisse machen. Aber unabhängig davon sollte der Bundestag von einem Prinzip nicht abrücken: Den Zusatzbeitrag, der den Unterschied zwischen den Kassen ausmacht, müssen unbedingt die Versicherten allein zahlen!

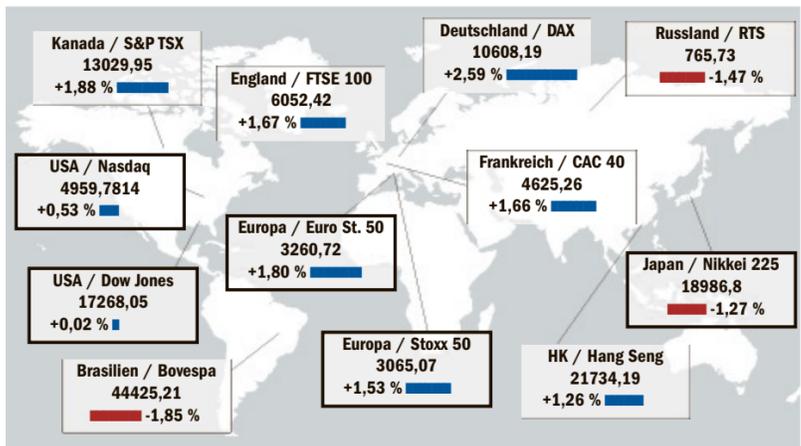
Der Verfasser lehrt Volkswirtschaftslehre an der Universität Konstanz

Spaniens Wahl letzter Paukenschlag für Börsen

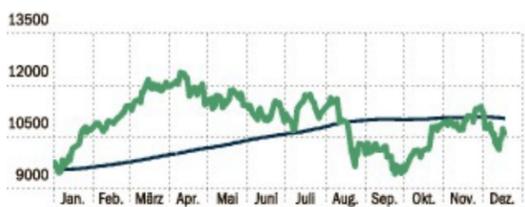
(Dow Jones) Spannend könnte es am Montag an der Börse von Madrid werden. In Spanien wird am Sonntag gewählt. „Spanien steuert auf die unklarste Wahl seit der Rückkehr zur Demokratie in den späten sechziger Jahren zu“, sagt Yvan Marmat von der Societe Generale. Das Parlament dürfte nach der Wahl zersplittern sein, erstmals in der jüngeren Geschichte des Landes werde sich womöglich eine Koalition formieren müssen. Marmat hat aus den seit Anfang Dezember veröffentlichten Wahlumfragen eine Art Konsensprognose errechnet. Diese sieht eine hauchdünne Mehrheit für die regierenden Konservativen um Ministerpräsident Mariano Rajoy und die liberale Bürgerbewegung Ciudadanos von insgesamt 179

Sitzen im Parlament voraus. Für eine absolute Mehrheit sind 176 Sitze nötig. Dem stehen die Sozialisten und die zuletzt schwächelnde linke Protestpartei Podemos gegenüber. Am wahrscheinlichsten ist wohl eine Koalition aus Konservativen und der liberalen Ciudadanos. Thomas Strobel von der Unicredit nennt diese Konstellation „sowohl den Märkten als auch der Wirtschaft gegenüber wohl gesonnen“. Auch Tristan Perrier vom Vermögensverwalter Amundi nennt diesen Wahlausgang „am wahrscheinlichsten und ein relativ positives Szenario für die Märkte“. Aber auch eine Minderheitsregierung der Konservativen mit der Unterstützung von Ciudadanos ist nicht ausgeschlossen.

Leitbörsen im Wochenvergleich



Dax 30



Schlusskurse	Div. 18.12.	11.12.	Ver. in %	KGW 2015	52-Wochen Hoch	52-Wochen Tief	Div. Rend.	Rating	
Adidas NA	1,50	89,03	86,55	+2,87	26,58	94,50	53,80	1,68	★★★★
Allianz SE vNA	6,85	161,95	158,35	+2,27	11,65	170,15	131,05	4,23	★★★★
BASF NA e	2,80	70,22	68,86	+1,98	13,50	97,22	63,00	3,99	★
Bayer NA e	2,25	115,85	112,10	+3,35	23,17	146,45	106,80	1,94	★
Beiersdorf	0,70	82,68	82,10	+0,71	30,07	89,54	65,69	0,85	★
BMW St. e	2,90	96,71	94,11	+2,76	10,07	123,75	72,05	3,00	★★★★
Commerzbank	9,48	9,17	+3,37	9,98	13,39	8,94	-	-	★
Continental	3,25	221,10	214,20	+3,22	16,20	234,25	166,60	1,47	★★★
Daimler NA e	2,45	76,79	74,63	+2,89	10,74	96,07	62,06	3,19	★★★
DL Bank NA e	0,75	21,75	21,24	+2,40	9,67	33,42	20,69	3,45	★
DT. Börse NA	2,10	79,87	74,74	+6,86	19,97	87,41	58,65	2,63	★
DT. Post NA e	0,85	25,76	24,50	+5,12	14,31	31,19	22,93	3,30	★★
DT. Telekom NA e	0,50	16,49	15,89	+3,81	26,60	17,63	12,63	3,03	★★
E.ON SE e	0,50	8,41	8,16	+2,98	9,34	14,85	7,08	5,95	★
Fres. M. C.St.	0,78	76,95	75,32	+2,16	21,99	83,17	60,00	1,01	★★
Fresenius SE e	0,44	64,86	63,26	+2,53	28,20	70,00	42,29	0,68	★★
Heidelb. Cem.	0,75	72,53	70,80	+2,44	15,43	77,18	55,82	1,03	★★★
Henkel Vz.	1,31	102,00	100,05	+1,95	22,42	115,70	87,00	1,28	★★★
Infinion NA	0,18	13,55	13,30	+1,88	26,06	14,20	8,32	1,33	★★★★
K+S NA	0,90	23,23	23,76	-2,25	10,56	40,29	22,12	3,88	★★
Linde	3,15	131,85	130,35	+1,15	16,90	195,55	127,85	2,39	★★
Lufthansa	14,11	13,33	+5,85	7,42	15,53	10,25	-	-	★★★★
Merck	1,00	87,93	86,89	+1,20	29,31	111,85	74,60	1,14	★★★
Münch. Rück e	7,75	186,25	183,25	+1,64	11,12	206,50	156,00	4,16	★★★
RWE St.	1,00	11,16	10,74	+3,96	5,07	26,79	9,13	8,96	-
SAP SE	1,10	72,28	70,55	+2,45	23,32	75,75	53,63	1,52	★★★★
Siemens NA e	3,30	89,03	87,75	+1,46	11,71	106,35	77,91	3,71	★★
ThyssenKrupp	0,11	17,50	17,23	+1,54	16,66	26,43	14,94	0,63	★★
Vonovia	0,74	28,17	27,28	+3,26	18,78	33,56	23,81	2,64	★★
VW Vz. e	4,86	130,00	128,55	+1,13	5,47	262,45	86,36	3,74	★★★★

Wertpapiere

Anleihen	18.12.	Rend. %
6,25 Bund v. 00/30	171,40	0,84
5,50 Bund v. 00/31	163,63	0,94
4,00 Bund v. 05/37	152,00	1,19
4,00 Bund v. 07/18	108,90	-0,35
3,75 Bund v. 08/19	112,38	-0,30
4,75 Bund v. 08/40	174,27	1,23
3,50 Bund v. 09/19	113,33	-0,25
3,25 Bund v. 09/20	113,99	-0,20
3,00 Bund v. 10/20	114,28	-0,14
1,50 Bund v. 12/22	109,33	0,10
2,50 Bund v. 12/44	129,14	1,28
1,50 Bund v. 13/23	109,41	0,17
1,50 Bund v. 13/23	109,49	0,21
6,25 Bund v. 94/24	147,28	0,29
6,50 Bund v. 97/27	164,61	0,66
5,63 Bund v. 98/28	156,22	0,73

Weitere Indizes

Indizes (20.30 Uhr)	18.12.	Ver. z. Vw %
AEX (Amsterdam)	434,15	+1,18
All Share (Oslo)	628,23	-0,74
ATX (Wien)	2356,86	+0,73
Bel 20 (Brüssel)	3648,77	+3,12
Classic All Share	6765,33	+2,32
Dow Jones Global Titans	232,60	+0,76
FTSE Italia All-S. (Mailand)	23017,33	+1,16
Ibex 35 (Madrid)	9717,10	+0,90
NAT 100 (Türkei)	72460,35	+3,10
OMX (Stockholm)	495,47	+1,49
OMXC 20 (Kopenhagen)	990,02	+2,51
RTX (Russland)	1040,80	-1,94
S&P 500 (New York)	2022,96	+0,53
S-Dax	8951,92	+2,80
SMI (Zürich)	8608,91	+1,26
Tec All Share	2107,44	+2,78
TecDAX	1814,81	+2,73

Devisen

Devisen	18.12.	Ver. z. Vw %
Australien (Dollar)	1,5091	-0,09
Dänemark (Kronen)	7,4412	+0,01
Großbrit. (Pfund)	0,7240	+0,26
Japan (Yen)	131,0176	-1,45
Kanada (Dollar)	1,5056	+0,80
Norwegen (Kronen)	9,4944	-0,34
Polen (Zloty)	4,2340	-1,52
Schweden (Kronen)	9,2400	-0,46
Schweiz (Franken)	1,0754	-0,54
Tschechien (Kronen)	26,6250	+0,02
USA (Dollar)	1,0802	-1,26

theScreener.com Bewertung der Aktien: ★★★★★ = sehr hohe Chancen; ★★★ = hohe Chancen; ★★ = neutrale; ★ = geringe Chancen; - = sehr geringe Chancen; n.b. = nicht bewertet

Erläuterungen: Alle Aktienkurse in Euro und auf Xetra-Basis. Dividende zuletzt gezahlte Dividende (inkl. Bonus) in Landeswährung. **Nikkei-Index** © Nihon Keizai Shimbun, Inc. Bei Preisen von Metallen, Goldmünzen und Währungen Abweichungen zwischen den Instituten möglich. Alle Angaben ohne Gewähr. Quelle: vwdgroup